

Richard Meng

Die Bildungs-Blockierer

Nach den ernüchternden Ergebnissen der Pisa-Studie rief die öffentliche Meinung nach einer Verkürzung der Schulzeit. Jetzt schimpfen fast alle auf die damit verbundenen Probleme. Von den Bildungspolitikern sollte man ein wenig mehr Weitsicht verlangen.

Richard Meng

(* 1954) ist seit Dezember 2007 Sprecher des Senats von Berlin.

senatssprecher@skzl.verwalt-berlin.de



Ein neuer Begriff ist erfunden: Turbo-Abitur. Klingt hinreichend unsympathisch, wenn auch Respekt einflößend. Gefährlich jedenfalls für gestresste Familien und unvereinbar mit einer einigermaßen selbstbestimmten Jugendzeit. Früher hieß es sympathisch »Verkürzung der Schulzeit«, jetzt plötzlich »Turbo-Abitur«.

Hat diese Reform eigentlich jemals irgendwer gewollt? Jedenfalls hat niemand dagegen gehalten. Schneller fertig werden, auch weil international die Schulabsolventen jünger sind als in Deutschland: Fast alle, die öffentliche Meinung zu Bildungsthemen machen, haben in dieses Horn geblasen. Die gleichen, die jetzt – auch wieder fast alle – plötzlich die Risiken und Nebenwirkungen entdecken. Sie wissen es nicht, aber sie glauben es. Und so wird ein Thema nun – allseits schamlos – um 180 Grad gedreht.

Was ist nur aus der bildungspolitischen Öffentlichkeit geworden? Entweder machtpolitisch belanglos – oder fachlich inkompetent, Denkmodes folgend, sich von Lobbys widerstandslos instrumentalisieren lassend, wenn die jeweils aktuelle These nur neu und gut klingt: Wie soll da jemals wieder eine nachhaltige, langfristig wirkende Bildungsreform möglich werden? Was seit

der Hessen-Wahl, wo der Elternunmut über die dort G8 genannte Verkürzung der Gymnasialzeit zu Roland Kochs Niederlage beitrug, bundesweit medial traktiert wird, ist leider wieder einmal reiner Reflex. Aber alle, die in der Bildungspolitik ein Interesse haben, spielen das Spielchen gerne mit. Weil ja jeder aktuelle Anlass genutzt wird, diese Interessen neu zu verkleiden.

Schon bei *Pisa* war das so. Diese Befunde über das deutsche Bildungsniveau im Vergleich zu anderen wären durchaus relativierbar gewesen – vor allem, weil die Frage erlaubt sein muss, wie viel ein schneller, auf wenige Fächer reduzierter Leistungstest bei 15-Jährigen wirklich über Bildungsbreite und kognitive Fähigkeiten unter spezifischen Bedingungen aussagt. Aber alle haben sie immer nur zu gerne die platte These von den schwachen Leistungen deutscher Schüler aufgegriffen, weil sich damit alte Forderungen prima neu begründen ließen. Von rechts (mehr Leistungsdruck) wie von links (mehr gemeinsames Lernen), und allemal immer in Richtung: mehr Geld für die Bildung.

Die Verkürzung der Gymnasialzeit hatte, erst recht vor diesem Hintergrund, mit Bildungspolitik nie viel zu tun. Dass die Idee sich durchsetzte, liegt – unausgesprochen – an ihrer materiellen Effizienz. Ein Jahr früher Abitur bedeutet ein Jahr länger Arbeitsleben. Das bringt pro Abiturient perspektivisch halb so viel für die Kasse der Sozialversicherungen wie die mühsame, schrittweise Aufstockung des Rentenalters auf 67, bis zu deren Endstufe Jahrzehnte vergehen werden. So etwas Profanes hat aber wohlweislich – außer den Wirtschafts-

verbänden – niemand offen gesagt. Die Turbo-Eltern (alle, die um den schnellen Aufstieg ihrer selbstredend stets begabten Kinder fürchten) fanden es schon aus Ehrgeizgründen gut. Die Bildungskonservativen hofften darauf, dass nunmehr das Gymnasium endlich wieder etwas exklusiver würde. Die Linken fürchten um die Durchlässigkeit, hoffen aber auf neuen Druck in Richtung Ganztagsangebot. Und alle zusammen haben sie dafür Sorge getragen, dass möglichst keine einzige Stunde (und Planstelle) wegfällt. Da war die hochzerstrittene Bildungslobby sich völlig einig, und der Rest der Gesellschaft hat es geschehen lassen.

Alles ist in Beton gemeißelt

Wen wundert das Ergebnis? Das, was jetzt plötzlich Turbo-Lehrplan genannt wird, ist das Resultat vieler kleiner und großer Status-Quo-Interessen. Niemand unter den Kultusministern traut sich mehr, dem Mathematikerverband oder den Chemikern oder den Historikern mal offen zu sagen: Was da im Schulstoff vorkommt, ist von gestern. Sinnigerweise sind es Ministerpräsidenten und Kanzlerin, die wenigstens hin und wieder – sozusagen als Sprachrohre gesunden Menschenverstandes in Kombination mit Staatshaushaltspolitik – antippen, dass es nicht wahr sein kann, einfach nur 13 Häufchen Lehrstoff auf zwölf umzuschichten. Aber das war's dann auch schon an Erkenntnis. Die Konsequenz müssten die Bildungspolitiker ziehen – und die sind nur noch Lobbyinstrument. Weniger Stunden hieße ja: weniger Lehrer. Weniger Studenten. Oder schlicht: Überflüssigkeit von Gewohntem.

Es ist frapierend, wie wenig der Schulstoff sich seit Jahrzehnten ändert. Alles ist in Beton gemeißelt. Wer traut sich, Chemikern zu sagen, dass ihr Fach in bisherigem Umfang vielleicht doch nicht jedem Gebildeten eine unverzichtbare Grundlage

für sein weiteres Leben bleiben muss, vielleicht im schulischen Bereich der Mittelstufe sogar mit Physik integriert werden könnte? Wer bringt Mathematikern bei, dass Kegelschnitte und womöglich die gesamte Integralrechnung auch im ersten Uni-Semester noch zu bearbeiten wären – für alle, die ernsthaft in diese Richtung lernen wollen? Wer wagt es, den Geschichtsstoff über Altertum und Mittelalter endlich radikal zusammenzustreichen? Wer redet den Grundschulen all die modernen Zusatzangebote wieder aus, die ehrgeizige Eltern so gerne sehen – damit dort wirklich wieder konsequent die Grundlagen beim Lesen, Schreiben und Rechnen gelegt werden, statt den Kindern ihre Rechtschreibdefizite ins weitere Schulleben mitzugeben, in stiller Hoffnung auf elterliches Nacharbeiten des Grundschulversagens zuhause?

Das sind polemische, provokante Fragen – und nicht jede darf man nur so und nicht anders stellen. Aber in solcher Radikalität wäre Schulreform doch inhaltlich anzugehen, wenn gerettet werden soll, was den Kindern in der Turbo-Jugend ausgehtrieben wird: Neugierde, Entwicklungszeit, Experimentierraum.

Zu befürchten bleibt, dass solche Anstöße weiterhin am wenigsten von denen zu erwarten sind, die sich darin eingerichtet haben, mit Scheuklappen Eigeninteressen zu vertreten. So wie die Bildungspolitik Ideen von außen abtropfen lässt, beweist sie angesichts des Einstimmigkeitsprinzips in der Kultusministerkonferenz (KMK) auch immer wieder ihre machtpolitisch geradezu unverrückbare Agonie.

Die Verkürzung auf 12 Jahre bis zum Abitur war bildungspolitisch von Anfang an problematisch. Aber diese Entscheidung ist gefallen – und die Schulzeitlänge wäre letztlich auch nicht wirklich wichtig, würde man mitreformieren, was danach kommt. Leider ist das im Zuge des Bologna-Modells auch nur wieder eine fatale Verschulung des Studiums entsprechend bildungsfremder Effizienzkriterien.

Nur: Wenn schon nur 12 Jahre, dann verlangt das zwingend die Konzentration des Pflichtkanons auf das Wichtige – und auf Exemplarisches. Nicht jedoch den kompletten Erhalt des alten Pflichtkanons zu Lasten kreativen Lernens, zu dem Kinder und Jugendliche mehr verfügbare Zeit brauchen. Aber da passt nun wahrlich

nichts mehr zusammen, wie nach den *Pisa*-Studien. Die größten Blockierer einer neuen Bildungspolitik sind die Bildungspolitiker selbst. Und in der Öffentlichkeit wird wieder einmal nur geplappert und nachgeplappert. So getan, als ginge es um Bildung. Bis das nächste Modethema kommt.

Rainer Geißler

Perestroika des deutschen Bildungssystems

Deutschland hat eine Ungleichheitsmisere im Bildungsbereich. Der Ausbau von Ganztagschulen und Sprachförderung sind erste Schritte zu deren Überwindung. Doch ein weiterer Umbau des Bildungssystems hin zu einer Gemeinschaftsschule ist für eine erfolgreiche Reform des Bildungssystems unerlässlich.

Rainer Geißler

(* 1939) ist Professor für Soziologie an der Universität Siegen. Zuletzt erschien *Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung* im VS Verlag.
geissler@soziologie.uni-siegen.de



Kinder aus Akademikerfamilien besuchen sechsmal häufiger ein Gymnasium als Facharbeiterkinder. *Pisa* hat gezeigt, dass es in allen Gesellschaften Kompetenzunterschiede zwischen den Kindern aus dem oberen und dem unteren Viertel der Gesellschaft gibt, aber in Deutschland sind diese Unterschiede in der Lesekompetenz am größten.

Dieser extremen Bildungsungleichheit liegt ein sehr komplexes Bündel von Ursachen zugrunde, von denen hier nur einige besonders wichtige benannt werden.

Wenn der häufigere Gymnasialbesuch der Kinder aus höheren Schichten auf deren bessere Leistungen zurückgeführt wird, wie es häufig geschieht, dann ist das nur die halbe Wahrheit. Nur die Hälfte der gymnasialen Chancen lassen sich – wie *Pisa* be-

legt – über Leistungsunterschiede erklären. Die andere Hälfte geht auf einen sozialen Filter zurück, der mit den Leistungen nichts zu tun hat. Einfluss auf die soziale Auslese hat die Familie, z. B. durch schichttypisch unterschiedlich ausgeprägte Bildungswünsche. Einfluss hat aber auch die zum Teil leistungsunabhängige soziale Auslese durch die Lehrer. So mussten Hamburger Grundschüler aus bildungsfernen Familien 50 Prozent mehr Leistung erbringen, um eine Empfehlung für das Gymnasium zu erhalten, als Grundschüler aus bildungsnahen Familien.

Eine weitere wichtige Ursache ist durch die Gesamtstruktur des deutschen Bildungssystems bedingt, nämlich die frühe Verteilung der Schüler auf verschiedene Schultypen mit abgestuften Leistungsniveaus. Die Entscheidung für ein bestimmtes Schulniveau in einem frühen Alter, in dem noch viele Unsicherheiten über die Leistungsfähigkeit des Kindes bestehen, birgt Risiken in sich, die sozial schwache Familien u. a. aus finanziellen Gründen eher scheuen als andere. Besucht ein Kind erst einmal eine Hauptschule oder auch Realschule, hat es gegenüber den Gymna-